

Vorlage Nr. 47/2023		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Bewilligung eines unbefristeten 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarfes „Referent:in Schulbau“ für das Schulamt

A Problem

Die Koalition aus SPD, CDU und FDP plant für die 21. Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung (2023-2027) ein umfangreiches Investitionsprogramm für die Sanierung der Schulen, den Ausbau der Kapazitäten und die Erweiterung der Grundschulen. Dieses Investitionsprogramm wird in gemeinsamer Verantwortung und enger Zusammenarbeit des Schulamtes und des Wirtschaftsbetriebs Seestadt Immobilien umzusetzen sein und maßgeblich die Schulentwicklung in Bremerhaven prägen.

Bereits die aktuellen Neubauvorhaben zeigen, dass dem Schulamt die personellen Ressourcen fehlen, um den an das Amt gestellten Anforderungen fachkompetent und stets in einem angemessenen Zeitrahmen gerecht zu werden und den dringend erforderlichen Schulentwicklungsprozess nicht zu gefährden. Benötigt wird Fachpersonal, das die pädagogisch-baulichen Bedarfe eruiert und die Vorhaben auf ihre Machbarkeit überprüft.

Das Schulamt beantragt daher einen unbefristeten 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarf „Referent:in Schulbau“ (Entgeltgruppe 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich einer Bewertung). Diese Stelle soll auch dazu beitragen, das stärkere Zusammenwirken zwischen Schulamt und Seestadt Immobilien konzeptionell zu verankern und dauerhaft anzulegen.

Wenn die im Koalitionsvertrag genannte, in gemeinsamer Verantwortung von Schulamt und Seestadt Immobilien geführte, Abteilung für Schulbau zur Umsetzung gelangt, ist beabsichtigt, diese Stelle in die Abteilung zu überführen.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt für das Schulamt einen unbefristeten 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarf „Referent:in Schulbau“ (Entgeltgruppe 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich einer Bewertung).

Zum Haushalt 2024/2025 wurde ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der Personalhauptkosten von 2023 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 92.763 € brutto/Jahr (1,0 Stelle, Entgeltgruppe 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA) vorbehaltlich der Bewertung), die aus dem Personalkostenbudget des Schulamtes bzw. im zuständigen Ausschussbereich zu finanzieren sind.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes erfolgt gendgerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Der Ausschuss für Schule und Kultur hat in seiner Sitzung am 20.09.2023 den unbefristeten 1,0 überplanmäßigen Bedarf zur Kenntnis genommen und sich für die Weiterleitung an den Personal- und Organisationsausschuss ausgesprochen.

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Im Rahmen der Bewertung und Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt für das Schulamt einen unbefristeten 1,0 überplanmäßig anerkannten Bedarf „Referent:in Schulbau“ (Entgeltgruppe 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich einer Bewertung).

Melf Grantz
Oberbürgermeister